

1 **Wasser ist Menschenrecht!**

2 3 **Forderung:**

4
5 Die SPD spricht sich dafür aus, die Trinkwasserversorgung im Sinne der Daseinsvorsorge
6 in öffentlicher Hand zu behalten.

7 Die SPD positioniert sich gleichermaßen gegen eine Liberalisierung der
8 Wasserwirtschaft. Diese Positionierung beinhaltet eine Ablehnung der aktuell
9 diskutierten EU-Richtlinie zur Wasserkonzession, die die Grundlagen für eine
10 weitreichende Privatisierung der Trinkwasserversorgung schaffen könnte.

11
12 Die SPD setzt sich aufgrund dessen dafür ein, dass eine EU-Richtlinie geschaffen wird,
13 durch die europäische Regierungen dazu verpflichtet werden, allen BürgerInnen eine
14 ausreichende Versorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen zu
15 gewährleisten. Zudem unterstützt die SPD das Europäische Bürgerbegehren "Wasser ist
16 Menschenrecht!".

17 18 **Begründung:**

19
20 Wir nehmen zur Kenntnis, dass Wasser zunehmend in den Blick gewinnorientierter
21 Konzerne fällt.

22 Zugleich stellen wir fest, dass die derzeit angestrebte Konzessionsrichtlinie die
23 Grundlagen in der Europäischen Union schaffen könnte, die Trinkwasserversorgung zur
24 Handelsware werden und somit in private Hände fallen zu lassen.

25 Dies kann verheerende Folgen für die Trinkwasserqualität und -versorgung haben.

26 Die Trinkwasserversorgung besitzt einige Besonderheiten, aufgrund derer eine
27 Liberalisierung erhebliche negative Effekte haben kann. Trinkwasser wird in jedem
28 Haushalt benötigt; eine sinnvolle Alternative zur städtischen Trinkwasserversorgung -
29 unabhängig der Frage ob diese Trinkwasserversorgung in öffentlicher oder privater
30 Trägerschaft liegt - gibt es nicht. Die Wasserversorgung erfolgt in der Regel aus einem
31 natürlichen Monopol heraus.

32 Darüber hinaus umfasst die Trinkwasserversorgung hohe Investitionskosten mit langen
33 Abschreibungsphasen für diese Investitionen.



34 Beide Faktoren sprechen dafür, die Wasserversorgung in die öffentliche Hand zu legen,
35 da sowohl natürliche Monopole als auch lange potenzielle Abschreibungsphasen bei
36 privaten Unternehmen in der Regel nicht zu positiven Ergebnisse für die
37 Daseinsvorsorge führen. Vielmehr bergen sie das Risiko zu hoher Preise sowie
38 ausbleibender Investitionen und dadurch entstehender Mängel in der Infrastruktur der
39 Trinkwasserversorgung.

40
41 Dies kann nicht im sozialdemokratischen Sinne sein.

42 Darüber hinaus hat sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits im
43 Jahre 2010 für eine Aufnahme des Rechts auf Wasser in den Menschenrechtskatalog
44 ausgesprochen. Einklagbar ist das formulierte Recht auf Wasser indes nicht.

45 Umso wichtiger ist es daher, dass die SPD eine deutliche Positionierung für ein Recht auf
46 Trinkwasserversorgung sowie eine Beibehaltung der Trinkwasserversorgung in
47 öffentlicher Hand besitzt.

48



49 Darüber hinaus bestätigt uns die hohe Partizipation von BürgerInnen bei dem aktuellen
50 europaweiten Bürgerbegehren “Wasser ist Menschenrecht!” in der Notwendigkeit
51 dieses Antrags und der deutlichen Positionierung der SPD.